

---

FDP Hochtaunus

## **ANTRAG DER FDP-KREISTAGSFRAKTION ZUR FÖRDERUNG VON EXISTENZGRÜNDUNGEN**

13.09.2017

---

Zur kommenden Sitzung des Kreistags im Hochtaunuskreis stellt die FDP-Fraktion einen Antrag zur Förderung weiterer Existenzgründungen. Hiernach soll der Kreis in Zusammenarbeit mit der IHK gezielt Existenzgründungen unterstützen. Das langfristige Ziel soll dabei die Schaffung eines Gründerzentrums sein, in welchem sich Unternehmensgründer/-innen zu einem bezahlbaren Mietpreis Flächen anmieten können, um von dort aus ihre Unternehmensidee zu verfolgen.

„Jeder Gründer und jede Gründerin ist eine Bereicherung für unsere Region. Der Hochtaunuskreis mit seiner direkten Anbindung an Frankfurt ist eine der lebenswertesten Regionen unseres Landes. Wir sollten uns um jeden Gründer und jede Gründerin bemühen und ihnen bei ihrem Weg zu einem erfolgreichen Unternehmen zur Seite stehen“, findet Ulrike Schmidt, Mitglied der Kreistagsfraktion und Landtagskandidatin der FDP im Hochtaunuskreis.

Diese Unterstützung sollen die Gründer/-innen in diesem kreiseigenen Zentrum erfahren. Ein Mietpreis von ca. 5€/qm<sup>2</sup> zzgl. Nebenkosten und eine gute Ausstattung der digitalen Infrastruktur sollen die besten Voraussetzungen für erfolgreiche Unternehmensgründungen bieten. Auch soll der Kreis durch eine Gründermesse nicht nur zur Gründung eines eigenen Unternehmens anregen, sondern auch durch qualifizierte Beratungen der Gründer/-innen helfen, alle Weichen für eine erfolgreiche Zukunft zu legen.

„Gründungen schaffen Arbeitsplätze und helfen dabei unseren Kreis zukunftsfähig zu halten. Diese Gründer und Gründerinnen auf ihren Weg zu begleiten und ihnen zur Seite zu stehen liegt uns am Herzen und dies sollte der Kreis sich auch zur eigenen Aufgabe machen“, so Holger Grupe, Landratskandidat der FDP Hochtaunus.

Zu diesem Zweck sollen kreiseigene Liegenschaften, die derzeit keinen Zweck erfüllen, genutzt werden. Hierbei kann man z. B. das ehemalige Gelände des Bundesausgleichsamtes in Bad Homburg nennen, aber auch andere Flächen stehen aus Sicht der Hochtaunusliberalen zur Verfügung.